

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
27.09.2017
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Mustergesellschaftsvertrag
Vorlage: 17/SVV/0037
Fraktion DIE LINKE
 - 3.2 Mustergesellschaftsvertrag
Vorlage: 17/SVV/0763
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
 - 3.3 Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag
im Bereich der nördlichen Parkanlage der Villa Jacobs
Vorlage: 17/SVV/0539
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
 - 3.4 Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 146, "Nordwestseite
Jungfernsee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs"
Vorlage: 16/SVV/0268
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
 - 3.5 Beratung von Anträgen - Voten der Ortsbeiräte
Vorlage: 17/SVV/0558
Fraktion CDU/ANW
 - 3.6 Teilnahmevertreter Hauptversammlung Städtetag rotieren
Vorlage: 17/SVV/0605
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 3.7 ÖPNV-Anbindung in den nördlichen Ortsteilen
Vorlage: 17/SVV/0623
Fraktion DIE LINKE
 - 3.8 Neufassung der Taxitarifverordnung
Vorlage: 17/SVV/0705
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Masterplan "Seekrug"
Vorlage: 17/SVV/0578
Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung und Sport
- 4.2 Maßnahmeplan zur Sicherung und Aktivierung von gewerblichen Potenzialflächen
1. Fortschreibung
Vorlage: 17/SVV/0697
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 4.3 Jahresbericht Chancengleichheit 2015/2016 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt
Vorlage: 17/SVV/0700
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 4.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 14: Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtler: Fahrtkosten
Vorlage: 17/SVV/0728
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 4.5 Bericht über die Ergebnisse der Prüfung einer Anbringung der Wappen der Stadt- und Ortsteile im Plenarsaal
gemäß Beschluss: 17/SVV/0328
Oberbürgermeister
- 4.6 Bericht zur Struktur der städtischen Gesellschaften in der Bereichen Vermarktung, Wirtschaftsförderung und Standortmanagement
gemäß Beschluss: 16/SVV/0469
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 4.7 Aktueller Stand MediaTech Hub Potsdam
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 4.8 Anpassung der Richtlinie zur Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von Geflüchteten
Vorlage: 17/SVV/0762
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit
- 4.9 Zukunft Stadtwerkefest
- 5 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 6 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.09.2017

- 7 Rückstellungen für Umsatzsteuerforderungen Potsdam Marketing und Service GmbH für die Jahre 2015 und 2016
Vorlage: 17/SVV/0759
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Angelegenheiten des Klinikum Ernst von Bergmann-Konzernverbundes
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 9 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.09.2017

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Zurückzustellen ist/sind:

- die **Tagesordnungspunkte 3.1 und 3.2 zum Mustergesellschaftsvertrag, DS 17/SVV/0037 und 17/SVV/0763**, da noch Beratungsbedarf in der Fraktion DIE LINKE besteht.
- die **Tagesordnungspunkte 3.3 und 3.4 zur Villa Jacobs, DS 17/SVV/0539 und 16/SVV/0268**, da dazu noch Beratungsbedarf in den Fraktionen besteht.
- der **Tagesordnungspunkt 4.6, Bericht zur Struktur der städtischen Gesellschaften in der Bereichen Vermarktung, Wirtschaftsförderung und Standortmanagement**. Die Verwaltung wünscht eine Fristverlängerung bis zum Anfang des ersten Quartals 2018. Der Fristverlängerung wird einstimmig **zugestimmt**.

Zu ergänzen ist:

- Unter **4., Mitteilungen der Verwaltung**, soll der **Tagesordnungspunkt 4.9, Zukunft Stadtwerkefest** ergänzt werden.

Rederechte:

- **Herr Schatz**, Bürger des Ortsteils Groß Glienicke, beantragt Rederecht zum **Tagesordnungspunkt 3.7, ÖPNV-Anbindung in den nördlichen Ortsteilen**. Dem Rederecht von Herrn Schatz wird einstimmig zugestimmt.
- **Herr Günther**, Vertreter der Taxi-Innung Potsdam, beantragt Rederecht zum **Tagesordnungspunkt 3.8, Neufassung der Taxitarifverordnung**. Dem Rederecht von Herrn Günther wird einstimmig zugestimmt.
- **Herr Stehr** und **Herr Schneider**, Vertreter der IHK Potsdam, beantragen Rederecht zum **Tagesordnungspunkt 4.2, Maßnahmeplan zur Sicherung und Aktivierung von gewerblichen Potenzialflächen - 1. Fortschreibung**. Dem Rederecht von Herrn Stehr und Herrn Schneider wird einstimmig zugestimmt.

Gegen diese Änderungen in der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 64. Sitzung des Hauptausschusses vom 27.09.2017 liegt als Tischvorlage vor und soll in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 01.11.2017 bestätigt werden.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Mustergesellschaftsvertrag

Vorlage: 17/SVV/0037

Fraktion DIE LINKE

Zurückgestellt bis 01.11.2017, da noch Beratungsbedarf besteht.

zu 3.2 Mustergesellschaftsvertrag

Vorlage: 17/SVV/0763

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Zurückgestellt bis 01.11.2017, da noch Beratungsbedarf besteht.

zu 3.3 Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag im Bereich der nördlichen Parkanlage der Villa Jacobs

Vorlage: 17/SVV/0539

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Zurückgestellt bis 01.11.2017, da noch Beratungsbedarf besteht.

zu 3.4 **Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 146, "Nordwestseite Jungfernsee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs"**
Vorlage: 16/SVV/0268
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Zurückgestellt bis 01.11.2017, da noch Beratungsbedarf besteht.

zu 3.5 **Beratung von Anträgen - Voten der Ortsbeiräte**
Vorlage: 17/SVV/0558
Fraktion CDU/ANW

Herr Finken bringt den Antrag in der geänderten Fassung vom 10.10.2017 ein:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

*Anträge, die durch die SVV in einen oder mehrere Ortsbeiräte überwiesen werden, **werden sollen** in dem federführenden Fachausschuss erst abschließend beraten werden, wenn die entsprechenden Ortsbeiräte die Möglichkeit hatten sich mit den Anträgen zu befassen. In dringenden Fällen kann der Hauptausschuss die Voten der Ortsbeiräte und des federführenden Fachausschusses abschließend zusammenfassen.*

Herr Finken schlägt vor, dass im Antrag dargestellte Verfahren bis zum Ende des Jahres 2018 auszuprobieren.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass sich mit dem vorliegenden Änderungsantrag der Inhalt des ursprünglichen Antrags nicht ändere und schlägt deshalb folgende Änderung vor:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

*Anträge, die durch die SVV in einen oder mehrere Ortsbeiräte überwiesen werden, **sollen sollten** in dem federführenden Fachausschuss erst abschließend beraten werden, wenn die entsprechenden Ortsbeiräte die Möglichkeit hatten sich mit den Anträgen zu befassen. In dringenden Fällen kann der Hauptausschuss die Voten der Ortsbeiräte und des federführenden Fachausschusses abschließend zusammenfassen.*

Herr Finken stimmt der vorgeschlagenen Änderung im Namen seiner Fraktion zu.

Frau Müller betont, dass die Ortsbeiräte dann aber auch entsprechend des Sitzungskalenders tagen und sich zeitnah mit den Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung befassen müssen.

Frau Dr. Müller regt an, den letzten Satz aus der Begründung des Antrags im Beschlusstext zu ergänzen:

Zum Jahresende 2018 sollte dann überprüft werden, ob hier ggf. doch noch weitergehender Handlungsbedarf besteht.

Herr Finken stimmt auch der vorgeschlagenen Ergänzung im Namen seiner Fraktion zu. Der so geänderte Antrag wird anschließend durch den Oberbürgermeister zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Anträge, die durch die SVV in einen oder mehrere Ortsbeiräte überwiesen werden, ~~werden~~ **sollten** in dem federführenden Fachausschuss erst abschließend beraten werden, wenn die entsprechenden Ortsbeiräte die Möglichkeit hatten sich mit den Anträgen zu befassen. In dringenden Fällen kann der Hauptausschuss die Voten der Ortsbeiräte und des federführenden Fachausschusses abschließend zusammenfassen.

Zum Jahresende 2018 sollte dann überprüft werden, ob hier ggf. doch noch weitergehender Handlungsbedarf besteht.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.6 Teilnahmevertreter Hauptversammlung Städtetag rotieren
Vorlage: 17/SVV/0605
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Armbruster beantragt den Tagesordnungspunkt im Namen Ihrer Fraktion zurückzustellen, da es noch weiteren Beratungsbedarf innerhalb der Fraktion gebe.

Der Antrag wird deshalb bis zum 01.11.2017 **zurückgestellt**.

zu 3.7 ÖPNV-Anbindung in den nördlichen Ortsteilen
Vorlage: 17/SVV/0623
Fraktion DIE LINKE

Die Drucksache wurde zur Erledigung in den Hauptausschuss überwiesen.

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes nimmt Herr Schatz sein Rederecht wahr. In seinem Vortrag geht er insbesondere auf die aus seiner Sicht problematische Verkürzung der Buslinie 638 ein, die zum Winterfahrplan aus Spandau kommend nur noch bis zum Campus Jungfernsee und nicht mehr wie bisher zum Potsdamer Hauptbahnhof fahren soll. Ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr sehe aus Perspektive der Bürgerinnen und Bürger in Groß Glienicke anders aus. Herr Schatz begründet diese Sichtweise mit einer durchgeführten Unterschriftensammlung zur Beibehaltung der aktuellen Route der Buslinie 638, an der knapp 600 Menschen teilgenommen hätten. Er weist auf die Schwierigkeiten hin, die insbesondere für ältere Personen, Menschen mit Handicap oder Eltern mit Kinderwägen auf Grund des notwendig werdenden Umstiegs bei einer Verkürzung der Buslinie entstehen würden. Auch der Ortsbeirat Groß Glienicke habe zweimal ein klares Votum für die Beibehaltung der aktuellen Streckenführung abgegeben. Zum Ende seines Rederechts übergibt Herr Schatz dem Oberbürgermeister die gesammelten Unterschriften.

Der Oberbürgermeister bedankt sich bei Herrn Schatz und fasst die Diskussion zum Thema aus der letzten Sitzung des Hauptausschusses noch einmal zusammen.

Frau Dr. Müller betont, dass das in der letzten Sitzung des Hauptausschusses

thematisierte Schreiben der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH nicht vorliege. Lediglich der E-Mail-Verkehr zwischen einem Mitarbeiter der ViP und Frau Tina Lange von der Bürgerinitiative Fahrland läge vor. Dies sei jedoch keine offizielle Stellungnahme. Des Weiteren habe die Bürgerinitiative Fahrland mitgeteilt, dass bis auf den Anstrich 2 kein weiterer Punkt des vorliegenden Antrags erledigt sei. Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass es sich bei dem Antrag um eine Bitte an den Oberbürgermeister handeln würde, auf eine Verbesserung hinzuwirken. Sie bittet darum über den Antrag abzustimmen und folgenden Punkt als achten Anstrich zur ergänzen:

- ***Verlängerung der Buslinie 638 bis zum Potsdamer Hauptbahnhof***

Herr Schüler fordert, dass die ViP die mit den im Antrag aufgeführten Forderungen verbundenen Kosten benennen soll. Er ergänzt, dass eine reine Prüfung durch den Oberbürgermeister nicht ausreiche.

Herr Rubelt, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, betont, dass die alle aufgeworfenen Fragen beantwortbar seien. Im Kontext müsse jedoch der gesamte Nahverkehrsplan berücksichtigt werden. Die Anstriche 2 und 3 seien aus Sicht von Herrn Rubelt bereits beantwortet worden. Einige der im Antrag genannten Punkte würden bereits für die weitere Planung des ÖPNV in den nördlichen Ortsteilen berücksichtigt.

Der Oberbürgermeister weist noch einmal darauf hin, dass es sich bei dem vorliegenden Antrag um einen Prüfauftrag handeln würde. Dieser solle, inklusive der von Frau Dr. Müller eingebrachten Ergänzung, beschlossen werden. Er fragt, ob die Spiegelstriche 2 und 3 gestrichen werden sollen. Frau Dr. Müller verneint dies im Namen Ihrer Fraktion. Die Antwort auf den Prüfauftrag solle als „Gesamtpaket“ erfolgen.

Herr Heuer betont, dass die Fraktion SPD Mit Antragsteller sei und fordert, den Antrag mit der Ergänzung von Frau Dr. Müller zur Abstimmung zu stellen. Herr Finken bittet im Namen seiner Fraktion ebenfalls um den Beschluss der Drucksache.

Frau Dr. Müller fragt, wann es eine Antwort zum Prüfauftrag geben soll. Herr Rubelt entgegnet, dass einige Fragen sofort beantwortet werden könnten. Der Oberbürgermeister antwortet, dass im letzten Hauptausschuss im November 2017 berichtet werden soll.

Im Anschluss wird der Antrag mit der von Frau Dr. Müller eingebrachten Ergänzung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, in Gesprächen mit dem ViP auf eine deutliche Verbesserung der Anbindung der nördlichen Ortsteile an den ÖPNV hinzuwirken.

Grundlage der Gespräche sollen folgende konkrete Forderungen sein:

- Anbindung des aus Spandau kommenden Busses 638 in Bassewitz an den Bus 609 nach Fahrland auch nach 18:30 Uhr
- Abfahrt des ersten Busses an Sonnabenden und Sonntagen in Fahrland bereits um 5:18 Uhr (bisher 6:18 Uhr)
- Verringerung der Taktzeit des Busses 609 von 20 auf 10 Minuten in den Zeiten von
6:30 Uhr bis 8:30 Uhr und von 15 Uhr bis 18 Uhr
- Dauerhafte Verlängerung der Buslinie 609 in das Dorf Fahrland bis zur Schule in Fahrland durch den geplanten Umbau der Bushaltestelle und Aussteigestelle als Buswendepalette an der Schule
- Häufigere Verlängerung des Busses 609 nach Satzkorn und Kartzow
- Umgehende Anbindung des Busses 609 an den Bahnhof Marquardt
- Dauerhafter Grundtakt von 20 Minuten tagsüber an allen Wochentagen, lediglich in den Abend- und frühen Morgenstunden einen 30- bis 60-Minuten-Takt.
- Verlängerung der Buslinie 638 bis zum Potsdamer Hauptbahnhof

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei 2 Stimmenthaltungen.

zu 3.8 Neufassung der Taxitarifverordnung

Vorlage: 17/SVV/0705

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Günther, Vertreter der Taxi-Innung Potsdam, nimmt zu Beginn des Tagesordnungspunktes das erteilte Rederecht wahr und informiert, dass die Taxiunternehmen in Potsdam aktuell defizitär arbeiten würden. Er führt weiter aus, dass es auf Grund der schwierigen Lage auch Probleme in der Nachwuchsgewinnung gebe. Herr Günther begrüßt die durch den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschlossenen Tarifierhöhungen unter Punkt 4, Buchstabe d der vorgelegten Tarifverordnung und wirbt um Unterstützung für diese Änderungen.

Der Oberbürgermeister bedankt sich bei Herrn Günther für den Redebeitrag. Er stellt anschließend die Änderungen aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vor und lässt diese abstimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Verordnung zur Festsetzung von Beförderungsentgelten im Gelegenheitsverkehr mit den in der Landeshauptstadt Potsdam zugelassenen Taxen – Taxitarifverordnung – der Landeshauptstadt Potsdam.

Mit folgender Änderung des Tarifes unter Punkt 4, d)

*d) beantragter Tarif
statt 2,40 € - neu 2,50 €
statt 1,80 € - neu 1,90 €*

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einer Stimmenthaltung.

Im Anschluss wird die so geänderte Gesamtvorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Verordnung zur Festsetzung von Beförderungsentgelten im Gelegenheitsverkehr mit den in der Landeshauptstadt Potsdam zugelassenen Taxen – Taxitarifverordnung – der Landeshauptstadt Potsdam.

Mit folgender Änderung des Tarifes unter Punkt 4, d)

d) beantragter Tarif
statt 2,40 € - **neu 2,50 €**
statt 1,80 € - **neu 1,90 €**

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einer Stimmenthaltung.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Masterplan "Seekrug"

Vorlage: 17/SVV/0578

Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung und Sport

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 Maßnahmeplan zur Sicherung und Aktivierung von gewerblichen Potenzialflächen

1. Fortschreibung

Vorlage: 17/SVV/0697

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Der Oberbürgermeister begrüßt zu Beginn des Tagesordnungspunktes Herrn Stehr und Herrn Schneider als Vertreter der Industrie- und Handelskammer (IHK) Potsdam. Herr Stehr beginnt mit der Präsentation und stellt die Befunde der Studie „Wirtschaftsprofil und Gewerbeflächengutachten 2025“ der IHK vor. Herr Schneider setzt die Präsentation anschließend fort und trägt die Empfehlungen der IHK für die Profilierung und Fortentwicklung der Landeshauptstadt Potsdam als Technologie- und Forschungsstandort vor.

Der Oberbürgermeister bedankt sich bei Herrn Stehr und Herrn Schneider und übergibt das Wort an Herrn Frerichs, Bereichsleiter Wirtschaftsförderung und Herrn Wollmann, Projektmanager Gewerbeflächenentwicklung.

Herr Frerichs setzt mit der Präsentation fort und geht dabei insbesondere auf die Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung Potsdams in Zahlen und Bildern ein. Im Anschluss zieht Herr Wollmann Bilanz zum

Gewerbeflächensicherungskonzept 2016/2017 und stellt den dazugehörigen Maßnahmeplan, die Handlungsfelder sowie die wesentlichen, gemachten Fortschritte vor.

Der Oberbürgermeister bedankt sich auch bei Herrn Frerichs und Herrn Wollmann und resümiert, dass in diesem und im letzten Jahr „wegweisende“ Entscheidungen getroffen worden seien. Die wirtschaftliche Entwicklung Potsdams sei positiv, man dürfe jedoch nicht nachlassen.

Frau Müller weist unter Bezugnahme auf die knapper werdenden Gewerbeflächen darauf hin, dass möglichst jeder Investor bedient werden müsse. Sie fragt im Weiteren danach, ob und wann die Wetzlarer Straße in Richtung Rehbrücke verlängert werden soll. Der Oberbürgermeister antwortet, dass eine Verlängerung aus planungsrechtlicher Sicht möglich sei. Es sei hier jedoch eher das Land gefordert, entsprechend aktiv zu werden.

Herr Heinzel zeigt sich erfreut über die bisherigen Erfolge und fragt, wie es für die Landeshauptstadt Potsdam auf der Expo Real 2017, der internationalen Fachmesse für Immobilien und Investitionen, gelaufen ist. Der Oberbürgermeister antwortet, dass insbesondere die Themen Golm und Krampnitz auf der Expo eine Rolle spielten. Es habe im Allgemeinen ein großes Interesse bestanden, in der Landeshauptstadt Potsdam zu investieren. Andererseits gebe es auch eine harte Konkurrenz, auch im europäischen Vergleich. Das Potenzial von Golm müsse zukünftig noch besser vermarktet werden. Insgesamt sei weiterhin eine dynamische Entwicklung in Deutschland zu beobachten und der Optimismus sei ungebrochen.

Frau Armbruster betont, dass die Vermarktung der Gewerbeflächen aus ihrer Sicht einheitlich und koordiniert geschehen müsse und regt an, die Gardehusaren-Kaserne für die Kreativ-Wirtschaft nutzbar zu machen. Auch der Standort der ehemaligen RAW-Halle komme für die Kreativ-Wirtschaft in Frage. Die Prüfung der zukünftigen Unterbringung der Mieterinnen und Mieter aus dem Rechenzentrum solle forciert werden.

Herr Frerichs antwortet, dass man an der Entwicklung der RAW-Halle dran sei. Der Oberbürgermeister ergänzt, dass die Landeshauptstadt nicht Eigentümerin der Fläche sei. Für den aktuellen Eigentümer käme auch eine Nutzung als Standort für den Einzelhandel oder für den Wohnungsbau in Frage. An der Gardehusaren-Kaserne habe die Landeshauptstadt Potsdam bereits ihr Interesse bekundet, betont Herr Frerichs. Das Objekt sei jedoch bis 2023 an die Bundespolizei vermietet. Der Oberbürgermeister macht deutlich, dass die Stadt das Objekt bekomme, allerdings erst nach dem Auszug der Bundespolizei.

Im weiteren Verlauf geht Herr Frerichs darauf ein, dass die Landeshauptstadt Fördermittel zur weiteren Flächenentwicklung beantragen und diese an die ProPotsdam weitergeben könne. Eine einheitliche Gesellschaftsstruktur zur Vermarktung der Flächen sei aus Sicht des Oberbürgermeisters möglich.

Frau Armbruster fragt nach dem Punkt 2.4 (Heinrich-Mann-Allee, ehemaliges Tram-Depot) des Maßnahmeplans und ob es konkretere Planungen zur Erschließung dieser Flächen gibt. Herr Wollmann antwortet, dass er aktuell nur den Stand aus dem Maßnahmeplan wiedergeben könne. Der Oberbürgermeister ergänzt, dass es dort 2 Flächen gebe, die jedoch schwer für eine gewerbliche Nutzung umzuwandeln seien.

Die Mitteilungsvorlage wird anschließend **zur Kenntnis genommen**.

zu 4.3 Jahresbericht Chancengleichheit 2015/2016 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt

Vorlage: 17/SVV/0700

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Frau Trauth-Koschnick, Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam, stellt mündlich den Jahresbericht 2015/2016 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt vor. Sie geht dabei auf die Arbeit des Büros ein und betont insbesondere das erstellte Integrationskonzept und den Teilhabeplan. Sie bittet die Fraktionen darum, auch zukünftig an der Erarbeitung von Plänen und Konzepten mitzuwirken. Im Weiteren geht sie auf wichtige Veranstaltungen der Jahre 2015 und 2016 ein und spricht dabei insbesondere die Frauenwoche, verschiedene Aktionstage und Arbeitskreise sowie entscheidende Veröffentlichungen des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt, wie etwa „Potsdam barrierefrei“, an.

Frau Schulze bedankt sich für den Vortrag und bittet darum, die Berichte des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt zukünftig wieder jährlich zu erstellen. Die Arbeitsgruppen des Büros sollten zeitlich so gelegt werden, dass eine Teilnahme der Stadtverordneten möglich sei. Sie weist weiter darauf hin, dass die Federführung in der Arbeitsgruppe zum „Tag für Menschen mit Behinderung“ schnellstens geregelt werden müsse und fragt nach dem aktuellen Stand.

Frau Trauth-Koschnick antwortet, dass der Bericht zukünftig auch wieder jährlich gegeben werden könne. In Bezug auf den Tag für Menschen mit Behinderung teilt sie mit, dass dieser in Zukunft nicht mehr ausfallen werde. Die Nachfolge für die federführende Person werde schnellstmöglich geklärt.

Frau Schulze bittet darum, in den Berichten zukünftig auch Kritik darzustellen. Frau Trauth-Koschnick sagt zu, dies so zu handhaben.

Anschließend wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

zu 4.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 14: Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtler: Fahrtkosten

Vorlage: 17/SVV/0728

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

Herr Schubert, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, bringt die Mitteilungsvorlage ein. Er führt aus, dass ein Härtefallfonds aufgelegt worden sei, aus dem begründete Härtefallkosten, die im Rahmen von ehrenamtlichen Tätigkeiten entstünden, übernommen würden. Hierzu zählen auch Fahrtkosten.

Frau Dr. Müller betont, dass die in der Mitteilungsvorlage geschilderte Methode nicht optimal sei. Sie sei gespannt auf das angekündigte Ehrenamtskonzept und fragt, ob und wie stark die aktuelle Möglichkeit zur Fahrtkostenerstattung genutzt werde. Herr Schubert antwortet, dass bisher etwa 9.000 Euro von den zur Verfügung stehenden 10.000 Euro abgerufen wurden.

Frau Müller fragt, welche Fälle in diesem Zusammenhang als Härtefälle gelten

würden und wie die Beantragung der Fahrtkostenerstattung genau erfolge. Herr Thomann, Fachbereichsleiter Soziales und Gesundheit, antwortet, dass zur Beantragung kein besonderer Nachweis nötig sei.

Die Mitteilungsvorlage wird anschließend **zur Kenntnis genommen**.

zu 4.5 Bericht über die Ergebnisse der Prüfung einer Anbringung der Wappen der Stadt- und Ortsteile im Plenarsaal gemäß Beschluss: 17/SVV/0328
Oberbürgermeister

Herr Kümmel, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters, betont zu Beginn des Tagesordnungspunktes, dass offizielle Wappen und Flaggen grundsätzlich durch Satzungen bestimmt werden. Nicht alle Ortsteile der Landeshauptstadt Potsdam hätten entsprechende Wappen, die auf einer solchen Rechtsgrundlage beruhen. Einige Ortsteile hätten gar kein eigenes Wappen. Es stelle sich deshalb die Frage, welche Ortsteile bezüglich der Anbringung der Wappen im Plenarsaal berücksichtigt werden sollten. Man könne dann ebenso fordern, auch die Wappen der Stadtteile zu berücksichtigen. Herr Kümmel verweist im Weiteren auf den Denkmalschutz, der bauliche Veränderungen im Plenarsaal schwierig mache.

Die Mitteilung wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 4.6 Bericht zur Struktur der städtischen Gesellschaften in den Bereichen Vermarktung, Wirtschaftsförderung und Standortmanagement gemäß Beschluss: 16/SVV/0469
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Zurückgestellt – bis zu Beginn des ersten Quartals 2018.

zu 4.7 Aktueller Stand MediaTech Hub Potsdam
Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Herr Frerichs, Bereichsleiter Wirtschaftsförderung, stellt anhand einer Präsentation den aktuellen Stand bezüglich des MediaTech Hubs Potsdam vor. Er geht dabei zu Beginn auf die de:hub Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ein. Ziel der Initiative sei es, bundesweit Standorte zu identifizieren, die digitale Innovationsräume darstellen und damit Deutschland als Digitalstandort und seine Position als Innovator stärken. Insgesamt gebe es 12 Digital Hubs in Deutschland, Potsdam sei als MediaTech Hub einer davon und der einzige Standort mit dem Profil „Medientechnologie“. Im April 2017 habe die Landeshauptstadt Potsdam dann einen „GRW-I Antrag“ für ein Regionalmanagement gestellt. Die beantragte Förderung liege bei 600.000 Euro über einen Zeitraum von 3 Jahren. Im September 2017 sei der Förderantrag einstimmig positiv vom Landesförderausschuss bewertet worden. In einem nächsten Schritt solle im Rahmen einer EU-weiten Ausschreibung ein Dienstleister zur Umsetzung des Hub-Managements gefunden werden. Aufgabe des Hub-Managements sei insbesondere das Marketing, die Kommunikation und Netzwerkkoordination in Abstimmung mit den am Standort agierenden Akteuren.

Im Anschluss an die Präsentation wird die Mitteilung **zur Kenntnis genommen**.

zu 4.8 Anpassung der Richtlinie zur Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von Geflüchteten
Vorlage: 17/SVV/0762

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Gesundheit

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 4.9 Zukunft Stadtwerkefest

Herr Müller-Zinsius, Interimsgeschäftsführer der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP) und Herr Böhm, Leiter Öffentlichkeitsarbeit der SWP, stellen in einer Präsentation mögliche Varianten zur Zukunft des Stadtwerkefests vor. Nach einer kurzen Einführung von Herrn Müller-Zinsius gibt Herr Böhm einen Rückblick auf das Stadtwerkefest 2017 und die damit in Zusammenhang stehenden Kosten. Im weiteren Verlauf liefert er einen Ausblick auf das Jahr 2018 und den aktuellen Stand der Planungen für das kommende Stadtwerkefest. Die dazugehörige Präsentation wird der Niederschrift angehängt.

Herr Heuer betont, dass die Überlegung den Zugang zum Stadtwerkefest aus Gründen der Sicherheit zu begrenzen richtig sei. Das Fest solle sich jedoch nicht nur an Kunden der Stadtwerke, sondern alle Potsdamerinnen und Potsdamer richten. Er bittet um Zeit, um über die in der Präsentation dargestellten Vorschläge beraten zu können.

Herr Müller-Zinsius entgegnet, dass es sich aus Sicht der Stadtwerke um eine Kundenveranstaltung handeln würde. Die Stadt müsse sich an den Kosten für das Stadtwerkefest beteiligen, wenn auch der Besuch von Nicht-Kunden kostenfrei bleiben solle. Kunden seien aus Sicht von Herrn Müller-Zinsius die Personen, die sich frei für einen Service der SWP entscheiden können.

Frau Armbruster sagt, dass ein „Neuaufschlag“ für das Stadtwerkefest wünschenswert wäre. Sie verweist auf andere stadtweite Veranstaltungen, die ein viel kleineres Budget zur Verfügung hätten und nennt dabei „Stadt für eine Nacht“ oder die „Potsdamer Erlebnismacht“ als Beispiele. Sie betont, dass einige der dargestellten Varianten nicht intensiv genug geprüft worden seien und fragt, ob noch ein Einfluss auf die weitere Gestaltung des Stadtwerkefests genommen werden könne.

Der Oberbürgermeister antwortet, dass die von den Stadtwerken präferierte Variante aus einer Abwägung entstanden sei. Letztendlich müsse die Geschäftsführung der SWP entscheiden. Der Hauptausschuss und die Stadtverordnetenversammlung könnten nur Empfehlungen abgeben. Er schlägt vor, das Thema in der übernächsten Sitzung des Hauptausschusses noch einmal zu besprechen.

Herr Böhm entgegnet, dass man auf Seiten der SWP unter Zeitdruck stehe. Herr Müller-Zinsius ergänzt, dass das Format und die Struktur des Festes bereits klar sind. Es sei nur noch die Frage offen, wer bezahlen solle und wer nicht.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Grundausrichtung klar sei und schlägt vor, dass Thema auf Grund des Zeitdrucks bereits in der nächsten Sitzung des

Hauptausschusses am 01.11.2017 erneut zu behandeln.

zu 5 Sonstiges